

13.2 Politische Integration und politisches Engagement

Bernhard Weßels
WZB

WZB/SOEP

In sich immer stärker sozial und kulturell differenzierenden Gesellschaften wie der Bundesrepublik Deutschland ist die Frage der Integration und Teilhabe von zentraler Bedeutung für den Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für den Bereich der Politik in einer demokratischen Gesellschaft. Demokratie bedeutet die Möglichkeit der gleichen Teilhabe an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Durch gleiche Wahlen bestimmen die Bürger ihre politischen Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. In welchem Maße sich die Bürger engagieren und in welchem Ausmaß es einer Demokratie gelingt, Bürger in das politische Geschehen einzubeziehen, ist von zentraler Bedeutung für gleiche Teilhabechancen und politische Integration. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln« anerkennen, als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Die Frage, wie viel Bürgerbeteiligung eine Demokratie braucht, bleibt offen und ist letztlich nur normativ zu beantworten.

Es ist aber davon auszugehen, dass es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß politischer Integration der Bürger zurückfällt oder starke regionale oder soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik darauf verweisen, dass eine gleichmäßige Integration der Bürger in die Politik nicht gelingt. Die Debatten über die »Mitgliederkrise« der Großorganisationen sowie über Politik- und Parteienverdrossenheit legen es nahe, danach zu fragen, ob sich die Bürger heute weniger politisch beteiligen als früher. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die jüngeren Altersgruppen und ihr »Hineinwachsen« in die Demokratie von Interesse. Und selbst mehr als zwei Jahrzehnte nach der deutschen

Vereinigung stellt sich die Frage, ob die Bürger Ostdeutschlands in vergleichbarer Weise wie die Westdeutschlands politisch integriert sind und in ähnlicher Stärke Zugang zum politischen Willensbildungsprozess finden.

13.2.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Ausmaß, in dem sich die Bürger für Politik interessieren, ist ein wichtiger Gradmesser, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen. Das politische Interesse ist ein guter Indikator dafür, ob Politik von den Bürgern als etwas betrachtet wird, das für sie wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls auch dafür zu engagieren. Das politische Interesse der Bürger wird durch die einfache Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst.

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. Im Zeitraum um die deutsche Vereinigung 1990 war er am höchsten und ist danach deutlich abgesunken. Seit 1994 liegt der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren in Westdeutschland im Durchschnitt bei 30%. Hieraus einen generellen Niedergang des politischen Interesses abzuleiten, greift allerdings zu kurz. Die Wendezeit mit ihrer hohen politischen Mobilisierung war eine Ausnahmepériode. Der langfristige Vergleich zeigt, dass heute mehr Bürger am politischen Geschehen interessiert sind als noch Ende der 1960er-Jahre. So waren 1969 lediglich 18% stark oder sogar sehr stark an Politik interessiert. In Ostdeutschland sind im Durchschnitt etwas weniger Bürger stark oder sehr stark an Politik interessiert als in Westdeutschland – im Durchschnitt der Jahre 1994 bis heute etwa 27%. Im Jahr 2010 ist dieser Unterschied allerdings verschwunden.

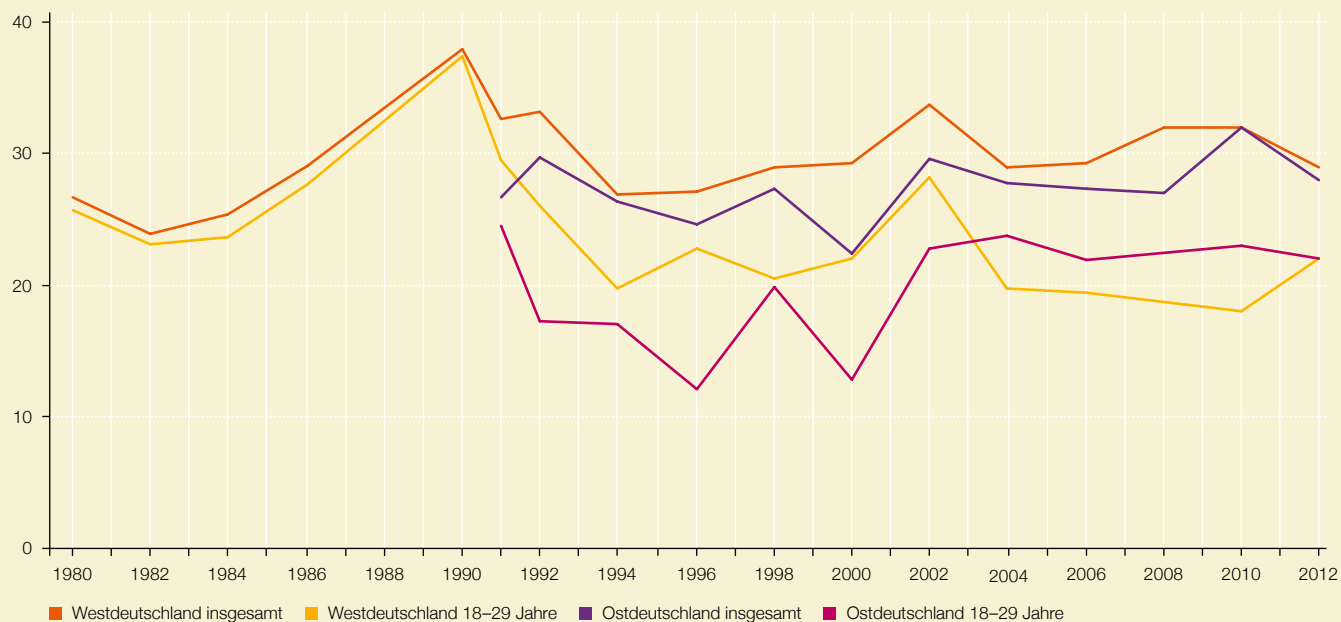
Deutlicher ist der Unterschied im Ausmaß des politischen Interesses zwischen den jüngeren und älteren Bürgern, der in West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu beobachten ist. Unter den bis 29-Jährigen finden sich weit weniger politisch Interessierte als im Bevölkerungsdurchschnitt. Dieser Unterschied zwischen den Altersgruppen existiert seit 1991. Davor war das Interesse der Jüngeren nur unmaßgeblich geringer ausgeprägt. Im Durchschnitt der Jahre 1994 bis heute lag das Interesse an der Politik bei den 18- bis 29-Jährigen mit 21 % in West- und 19% in Ostdeutschland etwa acht bis neun Prozentpunkte unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. 2010 lag das Interesse der Jüngeren in Westdeutschland sogar 14 Prozentpunkte unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Im Jahr 2012 ist die Differenz zwischen Jüngeren und dem Bevölkerungsdurchschnitt wieder auf sechs bis sieben Prozentpunkte zurückgegangen. ▶ Abb 1

Diese Lücke zwischen jüngerer Bevölkerung und Bevölkerungsdurchschnitt findet sich nicht nur beim politischen Interesse, sondern zum Beispiel auch bei der Wahlbeteiligung.

Neben der Tatsache, dass die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen von 1990 bis 2009 niedriger lag als bei allen Bundestagswahlen zwischen 1953 und 1987, lässt sich festhalten, dass die Wahlbeteiligung bei den Erst- (18 bis 20 Jahre) und Jungwählern (21 bis 25 Jahre) sogar stärker abgesunken ist als im Durchschnitt. Nur die hier als Jungwähler bezeichnete Altersgruppe lässt sich seit 1961 beobachten, da die Volljährigkeit und damit die Wahlberechtigung mit 18 Jahren erst seit 1972 gelten. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung der Jungwähler lag, mit kleineren Schwankungen zwischen 1961 und 1983, etwa 8,6 Prozentpunkte unter dem Gesamtdurchschnitt. 1987 lag sie bereits zehn Prozentpunkte darunter, seitdem immer etwa zehn Prozentpunkte unter der Gesamtwahlbeteiligung.

Bürger können neben institutionellen Formen der Beteiligung wie zum Beispiel Wahlen auch Formen nicht institutionalisierter Beteiligung wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen oder auch Bürgerinitiativen nutzen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen und am politischen Leben teilzuhaben. Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er-Jahre kontinuierlich zugenommen. In diesem Zusammenhang ist von einer »partizipatorischen Revolution« gesprochen worden, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien neue Formen der Beteiligung als normale politische Handlungsformen etablierten. Die Anteile derjenigen, die angeben, an den beiden häufigsten Formen der sogenannten »unkonventionellen« politischen Beteiligung, der Beteiligung an Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, mitgewirkt zu haben, sind in den 1990er-Jahren recht stabil und steigen am

▶ Abb 1 Politisches Interesse in der Bundesrepublik 1980–2012 — in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 1980–2012; bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet. Eigene Berechnungen.

Anfang des neuen Jahrtausends sogar an. 1998 lag der Anteil bei 37 %, 2002 mit 63 % sehr hoch und 2008 dann bei knapp der Hälfte der Bürger. An Demonstrationen hatte in den 1990er-Jahren knapp ein Fünftel der Bevölkerung teilgenommen, 2002 waren es sogar über 30 %, 2008 über 20 %. Nicht-institutionalisierte, sogenannte »unkonventionelle« Formen der Beteiligung werden häufig den Jüngeren zugeschrieben. Dementsprechend ist bei diesen Formen der Beteiligung eine Lücke zu Lasten der Jüngeren nicht zu erwarten, sondern eher, dass der Durchschnitt der Bevölkerung sich deutlich weniger in dieser Form beteiligt als die Jüngeren. Aber dieser Unterschied existiert nicht mehr. Die »Konventionalisierung des Unkonventionellen« hat stattgefunden und Unterschriftensammlungen und Demonstrationen gehören inzwischen zu den normalen politischen Beteiligungsformen aller Bürger. ▶ **Abb 2**

Auch die Unterschiede zwischen den Bürgern in West- und Ostdeutschland sind kaum noch vorhanden und waren es bezogen auf Demonstrationen ohnehin nicht. Anders sieht es bei der Mitarbeit in Bürgerinitiativen aus. Westdeutsche Bürger sind mit Anteilen von 10 bis 20 % etwas stärker engagiert als Bürger in Ostdeutschland mit Anteilen zwischen 6 und 13 %. Der Unterschied zwischen Jüngeren und dem Bevölkerungsdurchschnitt geht zu Lasten der Jüngeren – wiederum ein Zeichen, wie »normal« sogenannte unkonventionelle Formen der Partizipation inzwischen geworden sind. ▶ **Abb 3**

13.2.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

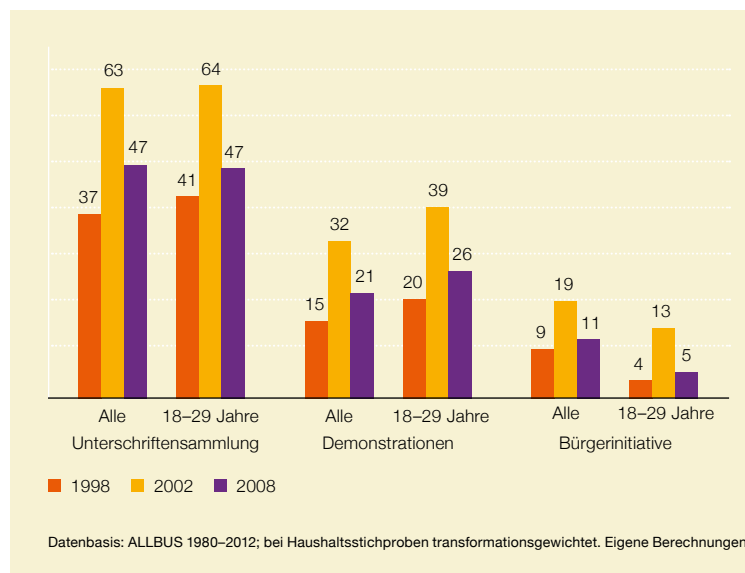
Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind häufig durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen setzen sich auf verschiedene Weise für die Anliegen ihrer Mitglieder ein, zum

Beispiel durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit im Allgemeinen. Politische Parteien sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems.

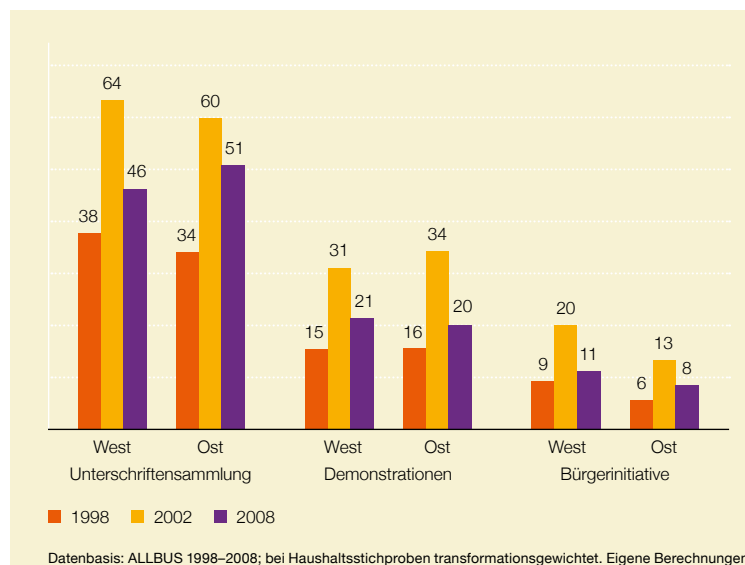
Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem Bürger sich in Inter-

essengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nichtinstitutionalisierter Beteiligung, die für den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften

▶ **Abb 2 Nicht-institutionalisierte Beteiligung unter Jüngeren und im Durchschnitt 1996, 2002 und 2008 – in Prozent**



▶ **Abb 3 Nicht-institutionalisierte Beteiligung in Ost- und Westdeutschland 1996, 2002 und 2008 – in Prozent**



► Tab 1 Mitgliedschaft in Organisationen 1976–1998 – in Prozent

	Westdeutschland					Ostdeutschland	
	1976	1980	1986	1992	1998	1992	1998
Arbeit und Wirtschaft							
Gewerkschaften (total)	17	16	15	16	13	27	15
DGB	13	13	14	14	9	25	14
DAG	4	3	2	2	4	3	1
CGB	0	–	0	0	0	0	0
Beamtenbund	3	2	2	2	2	1	0
Berufsverbände							
Selbständige, Freiberufler	–	–	1	1	1	1	2
Andere	4	3	5	5	5	5	3
ULA, leitende Angestellte	–	–	0	0	1	0	0
Bauernverband	2	1	1	1	1	0	0
Gewerbeverband	2	1	2	1	2	2	2
Wirtschafts- und Arbeitgebervereine	1	1	0	0	1	0	0
Politisch oder wertgebunden							
Bürgerinitiativen	1	1	1	1	2	0	1
Politische Parteien	6	5	4	4	3	3	2
Andere politische Vereinigungen	–	0	0	1	2	0	1
Religiöse Organisationen	5	6	6	6	3	2	1
Soziales							
Vertriebenenverband	2	1	1	1	1	0	1
Sozial- oder Wohlfahrtsvereine	2	3	4	3	4	1	1
Jugendorganisationen	2	1	1	1	1	1	0
Freizeit							
Gesangsvereine	6	7	6	6	6	2	2
Sportvereine	22	23	29	30	28	10	12
Heimat-Vereine	7	6	6	5	6	1	1
Sonstige gesellige Vereine (zum Beispiel Kegelclub)	–	11	8	5	7	1	3
Andere Freizeitvereine	–	5	5	8	11	3	4
Andere Organisationen	11	10	13	11	6	8	6
Mitglieder insgesamt	54	59	63	63	59	53	41
Mitglieder in Interessengruppen	32	29	31	31	31	40	25
Mitglieder in Freizeitvereinen	29	39	42	43	43	16	20
Mitglieder nur in Freizeitvereinen	16	24	26	27	26	9	12
N = 100 Prozent	2 036	2 955	3 070	2 308	2 070	1 141	1 012

– nichts vorhanden.

»Andere politische Vereinigungen«: ALLBUS 1980–1992 Nennungen »Menschenrechtsverein«, »politischer Verein«, »Minderheitengruppe«, »internationale Beziehungen« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen«, entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen, ALLBUS 1998 Kategorie »alternative politische Gruppe«. 1980–1992 Nennungen »Berufsverbände«, »Berufsvereine« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen« wurden der Kategorie »Berufsverbände, – andere« zugeordnet und entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen. Datenbasis: ZUMA-Bus 1 1976 (ungewichtet) 1980, 1986 und 1992 aus kumuliertem Allbus (bei Haushaltsstichproben transformiert), Allbus 1998 jeweils erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in Privathaushalten.

in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind.

Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies zunächst ein Warnsignal für die je-

weilige Organisation. Geschieht dies jedoch in großem Umfang, weist es darüber hinaus auch auf generelle Probleme der Interessenvermittlung in einem politischen Gemeinwesen hin.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich Westdeutschland durch einen mitt-

leren Organisationsgrad von 55 bis 60 % aus, wenn alle Organisationen – sowohl Interessengruppen als auch Freizeitvereinigungen – betrachtet werden. In Westeuropa sind nur die Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder stärker organisiert. Der Anteil der Bürger,

► Tab 2 Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen 2010 – in Prozent

	Insgesamt		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Mitglied	Aktives Mitglied/ Ehrenamt	Mitglied	Aktives Mitglied/ Ehrenamt	Mitglied	Aktives Mitglied/ Ehrenamt
Arbeit und Wirtschaft						
Gewerkschaften ¹	12	1	13	1	8	1
Wirtschafts-, Berufsverbände ²	7	2	7	2	4	1
Politisch oder wertgebunden						
Politische Parteien	3	–	3	–	2	–
Menschenrechtsorganisationen	1	0	2	1	0	0
Naturschutzorganisationen	7	2	7	2	6	3
Bürgerinitiativen	2	1	2	1	2	1
Wohltätigkeitsvereine	10	5	10	5	9	6
Elternorganisationen	3	2	3	2	3	2
Gesundheitsvereine	4	2	4	2	5	4
Rentner-, Seniorenvereine	2	1	2	1	2	1
Freizeit						
Kultur-, Musikvereine	11	8	12	8	7	6
Sportvereine	31	23	32	24	23	16
Sonstige Hobbyvereine	11	8	10	7	11	10
Mindestens einmal Mitglied/aktives Mitglied						
Alle gelisteten Organisationen, ohne Wirtschafts-/Berufsverband	56	–	57	–	49	–
Alle gelisteten, ohne Gewerkschaften, Wirtschafts-/Berufsverband, Partei	50	38	52	39	45	34
Interessengruppen ohne Wirtschafts-/Berufsverband	32	–	33	–	28	–
Interessengruppen, ohne Gewerkschaften, Wirtschafts-/Berufsverband, Partei	21	12	21	11	21	16
Freizeitorganisationen	41	33	43	34	34	26

N = 100%; 2008: 3.469; 2010: 2.827

1 Gewerkschaften: »Mitgliedschaft« 2010; »Akt. Mitglied/Ehrenamt« 2008.

2 Berufsverbände: »Mitgliedschaft«, »Akt. Mitglied/Ehrenamt« 2008.

– nichts vorhanden.

Datenbasis: ALLBUS 2008, 2010. transformationsgewichtet.

Eigene Berechnungen.

die Mitglieder in Interessengruppen im engeren Sinne waren, lag zwischen 1986 und 1998 in Westdeutschland relativ konstant bei etwa 30 %. Demgegenüber ist im selben Zeitraum der Anteil der Bevölkerung, der in Freizeitorganisationen – allen voran den Sportvereinen – organisiert ist, von 29 auf 43 % gestiegen. Der Anteil derjenigen, die nur in Freizeitvereinigungen Mitglied sind, hat sich von knapp 16 auf 26 % erhöht.

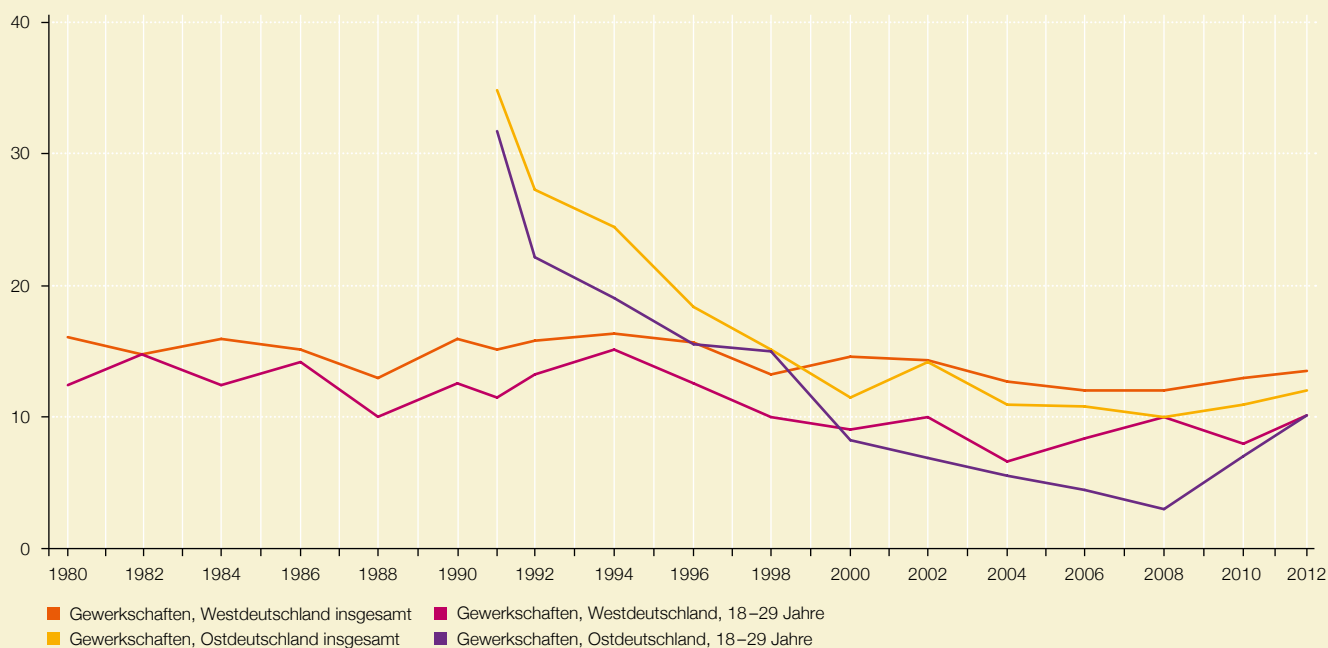
In Ostdeutschland lag 1992 der Anteil derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, noch neun Prozentpunkte über dem Anteil in Westdeutschland, der

Anteil der Mitglieder in Freizeitvereinigungen dagegen 26 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt. Bezogen auf die Mitgliedschaft in Interessengruppen hat es in Ostdeutschland eine dramatische Entwicklung gegeben, die vor allem zu Lasten der Gewerkschaften gegangen ist. Zwischen 1992 und 1998 ist der Prozentsatz derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, von knapp 40 auf 25 % zurückgegangen. Im Freizeitbereich lässt sich in Ostdeutschland eine kleine Steigerung der Mitgliederanteile um drei Prozentpunkte feststellen. ► Tab 1

Relativ gesehen haben sich also politikbezogene und freizeitbezogene Mitgliedschaften auseinanderentwickelt. Interessengruppen konnten an dem Aufwärtstrend der Mitgliedschaften generell nicht teilhaben.

Jüngere Daten für 2010, die aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren nicht immer unmittelbar mit früheren Daten vergleichbar sind, verweisen darauf, dass die Mitgliedschaft in Interessengruppen weiter zurückgegangen ist. Die Mitgliederanteile lagen Ende der 1990er-Jahre noch bei über 30 % in Westdeutschland, 2010 nur noch bei 23 %. In

► Abb 4 Gewerkschaftsmitgliedschaft 1980–2012 – in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 1980–2012, bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet. Eigene Berechnungen.

Ostdeutschland ist der Anteil von 25 auf 17 % zurückgegangen.

Die Freizeitorganisationen verzeichnen keine Rückgänge, in Ostdeutschland sogar leichte Zuwächse. Die Mitgliederanteile in Freizeitorganisationen gleichen sich damit zwischen Ost- und Westdeutschland immer stärker an. ► Tab 2

Für 2010 kann auch der Anteil der aktiv oder ehrenamtlich Tätigen in Organisationen (siehe auch Kapitel 12.3) bestimmt werden. Es lässt sich festhalten, dass freiwillige Aktivitäten im Freizeitbereich weitaus häufiger sind als im Bereich der Interessengruppen. Während im Freizeitbereich etwa drei Viertel der Mitglieder auch für den Verein aktiv werden, ist dies im Bereich der organisierten Interessen im Durchschnitt allenfalls für die Hälfte der Fall. Die Unterschiede zwischen den Organisationen sind allerdings beträchtlich (Tabelle 2).

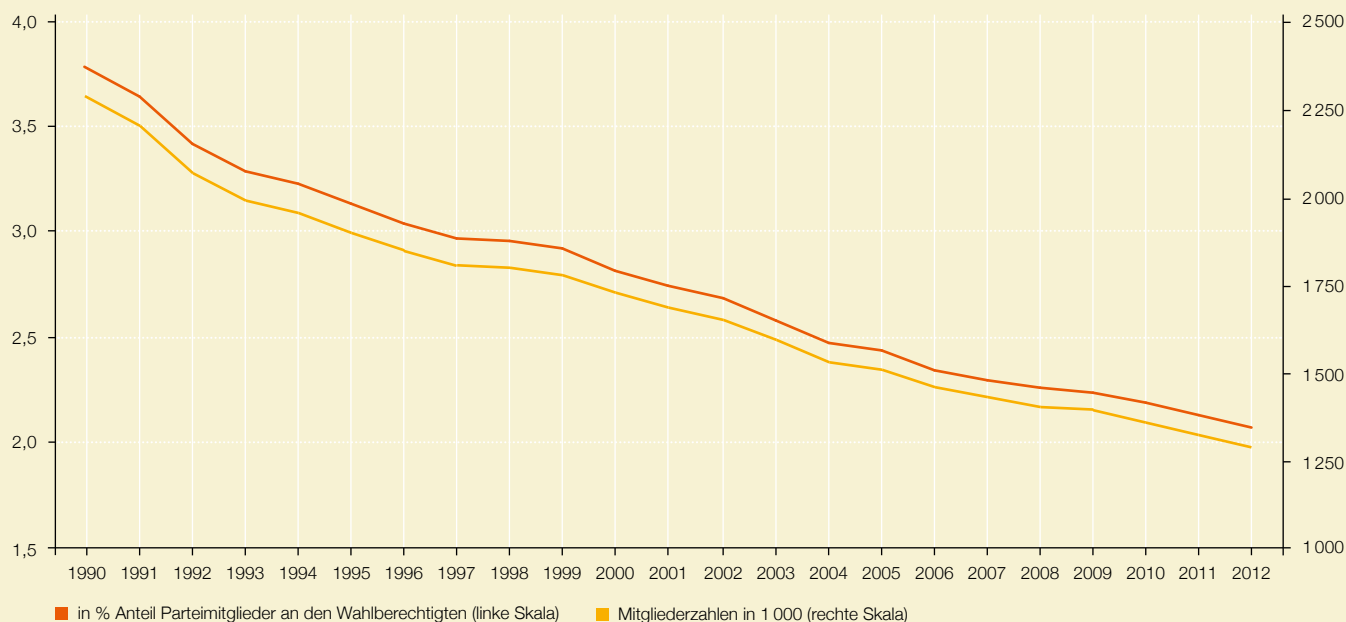
Die Zahlen zu ehrenamtlich aktiven Mitgliedern erlauben es nicht, dem von vielen Freiwilligenorganisationen beklagten Trend zum Rückzug aus der Aktivität nachzugehen. Träfe er zu, würde nicht nur mit dem Trend absinkender Mitgliederzahlen bei den Interessengruppen die Mitgliederkrise anhalten, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Organisationen mangels Engagement absinken.

Wie sich der Mitgliederrückgang in langfristiger Perspektive entwickelt hat, lässt sich bei den Gewerkschaften genauer beobachten. Der massive Rückgang der Mitgliederanteile an der erwachsenen Bevölkerung in den Jahren 1992 bis 1998 hat sich zwar deutlich abgeschwächt, seit 2002 dann langsam weiter fortgesetzt, scheint aber ab 2005 zu einem Halt gekommen zu sein. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland im durchschnittlichen Organisationsgrad

sind fast verschwunden. Auch die deutliche Kluft zwischen der jüngeren Bevölkerung der 18- bis 29-Jährigen und dem Durchschnitt, die besonders deutlich zwischen der Jahrtausendwende und 2008 zu beobachten war, wird geringer. Das trifft sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zu. ► Abb 4

Obleich die Mitgliederrückgänge bei den Gewerkschaften seit der deutschen Vereinigung sehr stark waren, fallen sie doch – relativ gesehen – zu dem, was die politischen Parteien erleben mussten, noch moderat aus. Anhand der von den Parteien berichteten Mitgliederzahlen lässt sich nachvollziehen, dass die politischen Parteien innerhalb von zwei Jahrzehnten mehr als eine Million und damit deutlich über 40% ihrer Mitglieder verloren haben. 1990 waren noch 3,8% der Wahlberechtigten in politischen Parteien organisiert, 2012 waren es nur noch 2%. ► Abb 5

► Abb 5 Parteimitgliedschaft im Zeitverlauf 1990–2012



Datenbasis: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2013. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20, FU Berlin 2013.

Bei den Interessenorganisationen einschließlich Gewerkschaften und politischen Parteien zusammengenommen sind das drastische Entwicklungen, die die Frage aufwerfen, ob und inwieweit primär auf die politische Interessenvertretung und Interessenvermittlung ausgerichtete Organisationen zukünftig noch in der Lage sein werden, ihren Beitrag zur politischen Willensbildung und politischen Integration zu leisten.

13.2.3 Zusammenfassung

Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die traditionellen institutionalisierten Formen der Beteiligung in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist. Die Politik findet nicht mehr so viel Interesse bei den Bürgern wie noch 1990; Interessengruppen und Parteien verlieren an

Mitgliederattraktivität. Andererseits haben nicht institutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren. Politik spielt für die Bürger nach wie vor eine große Rolle, ein vollständiger Rückzug findet nicht statt. Dass sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ebenso wie die zwischen Jüngeren und der Gesamtbevölkerung vermindern oder sogar ganz zu verschwinden scheinen, ist positiv zu vermerken. Allerdings sollte es als Warnsignal beachtet werden, dass die traditionellen Formen der Politik und politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik abgeschwächt hat.

Datenreport 2013

Ein Sozial-
bericht für die
Bundesrepublik
Deutschland



Herausgeber:

Statistisches Bundesamt (Destatis)

**Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB),
Zentrales Datenmanagement**

in Zusammenarbeit mit

**Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)
am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)**

Bonn 2013 in der Reihe Zeitbilder

Copyright dieser Ausgabe:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

www.bpb.de

Redaktionell verantwortlich

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb):

Gernot Dallinger

Statistisches Bundesamt (Destatis):

Kerstin Hänzel, Renate Martin, Marion Petter

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):

Roland Habich, Martin Wettig

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung

der Bundeszentrale für politische Bildung dar.

Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und
Autoren die Verantwortung.

Grafische Konzeption und Layout, Umschlaggestaltung:

Leitwerk. Büro für Kommunikation

Umschlagfoto: René Schiffer,

Leitwerk. Büro für Kommunikation

ISBN 978-3-8389-7100-1

Die elektronische Fassung finden Sie auf den Webseiten
der beteiligten Institutionen

www.bpb.de

www.destatis.de/publikationen

www.wzb.eu/publikationen/datenreport